

# NOTIFAX

02-07-2018 bis 05-07-2018

## DER NATIONALE DIALOG

### Die meisten Vereinbarungen im Nationalen Dialog werden von der sandinistischen Regierung nicht eingehalten

Auszug aus La Prensa 04-07-2017

Obwohl die Regierung Daniel Ortegas den Nationalen Dialog zur friedlichen Lösung der politischen Krise akzeptiert hat, hat sie nach Aussagen der Bürgerlichen Allianz für Gerechtigkeit und Demokratie die meisten der dabei getroffenen Vereinbarungen nicht eingehalten.

Nach den letzten Berichten der Menschenrechtsorganisationen hat die Repression mittlerweile 309 Menschen das Leben gekostet, trotzdem hat das Regime Ortegas noch immer nicht damit aufgehört, das Volk zu attackieren.

Tatsächlich hat die Regierung von den 15 Empfehlungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) 12 nicht beachtet. Davon war die Beendigung der Repression eine der wichtigsten. Auch der Empfehlung zur Auflösung der Parapolizei und der bewaffneten Gruppen, die die Bevölkerung in Komplizenschaft mit der Polizei angreifen und straffrei bleiben, wurde nicht erfüllt.

Juan Sebastián Chamorro von der Bürgerlichen Allianz erinnert daran, dass Ortega sich auch geweigert hat, das Thema der Demokratisierung zu diskutieren.

#### Kein politischer Wille

Chamorro erklärte, die Regierung komme ihren Verpflichtungen, die sie im Dialog übernommen hatte, nicht nach, weil ihr der politische Wille fehle, die Krise auf friedliche Weise zu lösen.

“Die Regierung hat eine verdrehte Lesart dessen was da geschieht und möchte nur Zeit gewinnen. Das ist sogar für sie selbst eine gefährliche Situation, denn es herrscht eine allgemeine Ablehnung und Empörung in der Bevölkerung, die Wirtschaft ist beschädigt und alles wird noch schlimmer werden, wenn die Regierung nicht begreift, dass der Dialog die Option ist, um aus dieser Krise wieder herauszukommen”.

Seit die Verhandlungsrunde am 16.Mai eingerichtet wurde, hat es bisher nur fünf Plenarsitzungen gegeben, auf denen die Regierungsdelegation nur das eine Interesse hatte, die Straßensperren in den Departements abzubauen, die die Bürger zum Zeichen ihres Protests errichtet haben.

Ortega hat auf den Vorschlag der Bischofskonferenz, im März 2019 vorgezogene Wahlen abzuhalten, nicht geantwortet. Am Mittwoch werden sich die Bischöfe zusammensetzen, um die Situation zu evaluieren, in der sich das Land befindet.

Chamorro erklärte, dass die Bürgerliche Allianz trotz der Angriffe orteguistischer Gruppen den Aufruf zur Fortführung der Proteste aufrecht erhalte.

## Humberto Ortega: Vorgezogene Wahlen in Nicaragua sind ein "Ja zum Frieden"

Auszug aus La Prensa 05-07-2017



Humberto Ortega Saavedra. Foto: LA PRENSA/ARCHIVO

In einem Brief an den Nationalen Dialog schrieb der ehemalige Chef der nicaraguanischen Armee und Bruder der Präsidenten, Humberto Ortega, vorgezogene Wahlen im Jahr 2019 seien "eine friedliche Lösung der tragischen Krise, unter der wir leiden" in Nicaragua.

Für Humberto Ortega bedeuten vorgezogene Wahlen eine Erholung der Wirtschaft, ausländische Investitionen und Tourismus. "Die Regierung, die das Volk in diesen Wahl bestimmt, wird es sein, die zu einer nationalen Übereinkunft zusammenruft, um sich über einen humanitären Plan von Nation zu verständigen, der die Werte stärkt".

Weiter rief er seinen Bruder auf, sofort "die parapolizeilichen Kräfte und jede andere illegale (Kraft)" zu deaktivieren, damit danach die Bischöfe und die Bürgerliche Allianz ihrerseits die Demonstranten aufrufen, die Straßensperren in den verschiedenen Departements abzubauen.

"Heute leiden wir Nicaraguaner unter dem straflosen Handeln illegaler, ziviler, bewaffneter, und vermummter Parapolizisten, die massenhaft herum schießen und Kontrollen ausüben, zu denen durch das Gesetz nur Polizei und Militär befugt sind", schrieb Ortega und fügte hinzu, dass diese Situation den Zustand eines Schrecken erregenden inoffiziellen Ausnahmezustands im Land erzeugt hat.

## PARAMILITÄRISCHE GRUPPEN

### In Nicaragua töten orteguistische Paramilitärs nach ihrem Gesetz

Auszug aus La Prensa 03-07-2017

Unsicherheit und Schrecken herrschen bei den Bewohnern von El Crucero und Las Esquinas, nachdem am 12. Juni der Regierung nahestehende Paramilitärs die Straßensperren gewaltsam abgeräumt hatten, die von den Bürgern als Zeichen ihres Protests errichtet wurden.

Seitdem gab es dort 7 Morde, eines der Opfer war zuvor entführt worden. Zuletzt wurden hier zwei Polizisten erschossen.

Die Paramilitärs erklärten die Ortschaften El Crucero und Las Esquinas zu "den ersten von Straßensperren befreiten Gebiete" und hissten schwarzrote Fahnen. Ständig wird die Sicherheit der Bewohner, die auf der Straße nach Carazo fahren, bedroht.

Das Gesicht verumumt und mit schweren Waffen in der Hand verstecken sie sich in den Bergen entlang der Straßen, während einige von ihnen sichtbar bleiben. Wenn ein Auto oder ein Fußgänger die Straße entlang kommt, wird er angehalten, ausgeraubt, verfolgt und getötet.

Als sich Axel García, 24, am 16. Juni ca 3km von der Straßensperre von Las Esquinas entfernt auf der Straße befand, fuhren Paramilitärs auf einem Pickup vorbei und schossen ihn in den Hintern. Eine Frau und ein Mann wurden bei dem gleichen Zwischenfall ebenfalls angegriffen. Die bewaffneten Subjekte stahlen ihnen die Handys.

Am 18. Juni töteten die Paramilitärs den ca 27jährigen José Antonio Solís Cruz mit einem Kopfschuss, weil er sich vermutlich einer Durchsuchung widersetzt hatte. Die Täter brachten ihn mit einem Pickup ins Krankenhaus, wo er später verstarb.

Am 26. Juni wurde der 27jährige Víctor Manuel Hernández von seiner Familie in El Crucero als vermisst gemeldet. Am 30. Juni schwamm dann seine Leiche in einem Schwimmbecken hinter einem Restaurant des Ortes. Seine Familie glaubt nicht, dass es sich hierbei um einen Unfall handelte.

Eine Frau, die aus Neugierde zum Fundort gekommen war, berichtete, ihrem 14jährigen Sohn hätten die Paramilitärs zwei Tage zuvor 100 Córdoba und den Kaffee abgenommen, den er gerade in einem Laden gekauft hatte.

Die Bewohner des Ortes erklärten, sie hätten die ständigen Aufregungen satt, die von den Paramilitärs verursacht werden, die zu jeder Tag- und Nachtstunde herum schießen würden, so dass sie sich nicht mehr auf die Straße trauten.

Der 60 jährige Vicente Rappaccioli verschwand am 26. Juni in Carazo und tauchte dann drei Tage später tot mit einer Kopfschusswunde im gerichtsmedizinischen Institut in Managua auf.

### **Die Regierung trägt für die Paramilitärs die Verantwortung**

Carlos Tünnermann Bernheim, der sich am Nationalen Dialog beteiligt, berichtete, dass bei einem Treffen Außenminister Denis Moncada zugegeben habe, dass ihnen die Paramilitärs aus der Kontrolle geraten seien.

Tünnermann berichtete gegenüber La Prensa, dass er bei einem Arbeitstreffen Moncada an die Einhaltung der 8. Empfehlung der CIDH erinnert habe, mit der die Entwaffnung der Paramilitärs gefordert wird.

"Er fing damit an zu erzählen, dass wir uns in einer Krise befänden und in einem bestimmten Moment sagte er, dass sie (die Paramilitärs) ihnen aus der Kontrolle geraten sind. Ich habe ihm darauf sofort geantwortet. 'aber Außenminister, was Sie da sagen, dass ist doch ganz schlimm, denn diese Paramilitärs wurden von der Regierung bewaffnet'".

Als Tünnermann weiter insistierte, sagte Moncada nur. "das waren die Umstände, die sich ergeben haben " und "man konnte dies nicht vorhersehen".

"Bei uns entstand der Eindruck, dass die Regierung jetzt nicht mehr weiß, wie sie die paramilitärischen Gruppen, die sie tatsächlich bewaffnet hat und die jetzt herumlaufen, Verbrechen begehen und Grundstücke überfallen, kontrollieren soll. Aber sie haben sie bewaffnet und tragen die Verantwortung, sie zu kontrollieren".

### **Die Herkunft der Paramilitärs**

Der ehemalige Major Roberto Samcam Ruiz ist der Meinung, dass die Regierung Daniel Ortegas die paramilitärischen Kräfte geschaffen habe wegen des fortschreitenden Verschleißes der Sondereinsatzkräfte der Polizei (Antimotines), der mangelnden Anzahl von Polizisten, der Anhäufung von Fällen, in denen sich Polizisten der unteren Ränge weigerten, sich an der Blutorgie noch weiter zu beteiligen und letztendlich an der zumindest offiziellen Haltung der Armee, sich nicht zu beteiligen.

“Angesichts dieser Umstände haben sich diejenigen, die hinter Daniel (Ortega) und Rosario (Murillo) stehend 'militärische' Aktion leiten, auf ein höheres Niveau der Evolution des paramilitärischen Phänomens begeben, indem sie den versteckten Einsatz von Heckenschützen verstärkten und einige mit Schusswaffen bewaffneter Elemente zu einer militärisch organisierten mit Kriegswaffen ausgerüsteten Truppe organisiert haben“, erklärte Samcam.

Die Befehlshaber dieser paramilitärischen Gruppen stammen in erster Linie aus dem Verband der Reservisten, die ihren Parteifanatismus nicht überwinden konnten und aus den Spezialtruppen der Armee, sowie Angehörigen der Sondereinsatzkräfte der Polizei und einigen Polizisten mit militärischer Erfahrung.

Die Bevölkerung hat jede der Aktionen dieser Horden gefilmt und dokumentiert, die militärische Drohnen einsetzen, über Kommunikationsmittel und Geheimdienstinformationen verfügen, die nur von Personal verwendet werden können, die dazu Zugang und die notwendigen Kenntnisse für deren Bedienung haben, erklärte Samcam.

### **Man bezahlt sie mit Grundstücken**

Der ehemalige Major der nicaraguanischen Armee erklärte, die Mitglieder der Paramilitärs seien einfache Polizisten, die tagsüber Uniformen tragen und nachts in Zivil herumfahren, einige Stadtverordnete, Staatsbedienstete und Angehörige der Juventud Sandinista. “Strafgefangene, die schwere Strafe abzusitzen haben, arme Leute, denen man erlaubte Land zu besetzen und letzten Endes gefährdet Jugendliche, Pandilleros, die man rekrutierte und ihnen als Gegenleistung die 'Kriegsbeute' überlies, die sie durch Raub, Vandalismus, Plünderung und Diebstahl an Privateigentum ergattert haben“.

## **Ehemalige Militärs kritisieren das doppelte Maß der nicaraguanischen Armee**

Auszug aus La Prensa 04-07-2017



Die offensichtliche Passivität gegenüber den außer Kontrolle geratenen bewaffneten Gruppen, die umher laufen und risikolos im ganzen Land morden, hat eine Debatte über den verfassungsmäßigen Auftrag der bewaffneten Kräfte in einer solchen Situation ausgelöst.

General i.R. Hugo Torres verurteilte, das doppelte Maß des Militärs, das einerseits damit prahlt, das organisierte Verbrechen auf dem Land zu bekämpfen, in den Städten angesichts der Präsenz der Paramilitärs durch Abwesenheit glänzt.

Seit Beginn der Krise im April hat die Armee zwei Kommuniqués herausgegeben, in denen sie erklärte, sie würden keine Waffen gegen die auf den Straßen protestierende Bevölkerung einsetzen-

Torres meint, dass die Armee aufgrund der gegenwärtigen Situation handeln müsste, so wie sie das auf dem Land gegen das organisierte Verbrechen getan hat, ohne zuvor einen Befehl des Präsidenten abzuwarten.

"Die bewaffneten Verbrecherbanden, die vor aller Augen handeln, müssten der nicaraguanischen Armee ins Auge springen. Und die Armee sieht sie vorbeifahren und sieht ihre Pickups voll dieser Mörder und weiß von deren Missetaten und weiß von ihren Morden. Muss da die Armee noch auf Befehle warten? Ich glaube nicht. Es ist ihre Pflicht zu handeln".

Torres erklärte, der einzige Unterschied zwischen Land und Stadt bestehe darin, dass die Schäden, die diese bewaffneten Banden anrichten, aufgrund der höheren Bevölkerungsdichte in den Städten höher sein können.

Oberst i.R. Carlos Brenes meint, dass die Armee durch ihre Unterlassung in Momenten zu handeln, in dem das Land Opfer bewaffneter Gruppen wurde, sie dafür verantwortlich macht, dass die Situation so weitergeht.

Auch wenn sich die Armee in ihren Kasernen befinde, so halte sie doch ihre Geheimdienste aufrecht. Brenes ist daher der Meinung, dass die bewaffneten Kräfte sowohl die Regierung, als auch internationale Organisationen über die irregulären Gruppen unterrichten könnte, die im ganzen Land zusammen mit der Polizei Verbrechen begehen.

Stattdessen würden sie jedoch keine Informationen darüber herausgeben, wer und wie viele sich an der Ausbildung der paramilitärischen Gruppen beteiligen, obwohl man im sozialen Netz die Beteiligung von Offizieren aller Ränge, Reservisten, Milizionäre, Kids und historischer Kämpfer anprangere.

Verschiedene politische Organisationen haben den Oberbefehlshaber der Armee, General Julio César Aviles aufgefordert, die Paramilitärs, die unter Leitung der Regierung Ortegas handeln, aufzulösen

Der Sicherheitsexperte Roberto Cajina erklärte in einem Gespräch mit Confidencial, dass der 2. Absatz des 92. Artikel der Verfassung festlege, dass "nur in Ausnahmefällen der Präsident der Republik in Abstimmung mit den Ministern anordnen kann, dass die nicaraguanische Armee der Polizei zu Hilfe kommt, wenn die Stabilität der Republik bedroht ist durch große innere Unordnung, Katastrophen oder Naturdesaster".

Doch angesichts der Tatsache, dass es die Regierung selbst ist, die diese Kriminellen dirigiert, hat Cajina Zweifel daran, dass der Präsident eine militärische Intervention anordnen wird.

Oberst i.R. Carlos Brenes meint, wenn die Regierung Daniel Ortegas die Kontrolle über die Paramilitärs verloren hat, wie es Außenminister Denis Moncada selbst zugegeben hat, dann müsse man eben internationale Hilfe, wie z.B. Blauhelme, anfordern.

## **Zwei Polizisten wurden bei einer Straßenkontrolle in Carazo von Paramilitärs ermordet**

Auszug aus La Prensa 02-07-2017

Zwei Polizisten, die am Sonntag in Zivil mit einem PKW von Managua nach Diriamba gefahren sind, wurden an der Zufahrt nach Las Esquinas in San Marcos von verummten Paramilitärs angehalten, die derzeit Las Esquinas besetzt halten.

Die Beamten erklärten den Subjekten, dass sie Polizisten seien und deshalb Waffen bei sich tragen würden. Da sie aber keine Dienstaussweise bei sich hatten, glaubte man ihnen nicht. Einer der Polizisten versuchte über Handy seinen Chef anzurufen, doch nahm man ihm das Handy ab.

Daraufhin versuchten die beiden Polizisten mit ihrem Fahrzeug nach San Marcos zu fliehen, um sich dort auf der Polizeistation zu beschweren. Doch die Paramilitärs verfolgten sie mit einem Pickup und gaben Schüsse auf sie ab, die sie tödlich trafen. Eine dritte Person, die vermutlich mit ihnen unterwegs war, wurde ebenfalls verwundet.

Die Polizei bestätigte in einer Pressemeldung den Tod der beiden Polizisten. Doch im Gegensatz zu sonst machte sie keine Gruppe für den Vorfall verantwortlich, sondern erklärte, eine Sonderkommission würde in dem Fall ermitteln.

Autofahrer haben Angst durch diese Gegend zu fahren, da sie sich vor den bewaffneten Gruppen fürchten, die das Departement terrorisieren. Bewohner von Las Esquinas berichten, sie würden bedroht und bangten um ihr Leben.

## **Die Polizei verhaftet die Wächter des Grundstücks der Coen-Gruppe**

Der Präsident des Viehzüchtersverbands, René Blandón, beklagte, derzeit finde eine Jagd auf Ländereien statt und man fühle sich dabei vollständig hilflos. "Es gibt keinen Rechtsstaat, denn wenn man bei der Polizei Anzeige erstattet, sagen sie einem, man könne nichts machen, weil sie auf sich auf ihre Kasernen zurückgezogen hätten".

Blandón will lieber nicht glauben, dass es sich da um eine neue Form von Enteignungen handle.

"Wir können mit dieser unglaublichen Anarchie nicht fortfahren. Hier hat niemand mehr Vertrauen in die Polizei. Es geht sogar so weit, dass man Angst hat eine Anzeige zu erstatten, weil man nicht weiß, ob sie einen dann gleich festnehmen werden. Wir leben in einem Zustand des Terrors und ich ziehe



es vor, Optimist zu sein und zu denken, dass sich dies lösen wird, wenn die Krise beendet ist, die in drei Monaten die Wirtschaft um drei Jahre zurückgeworfen hat".

## **Die Zahl der durch die Repression Ermordeten hat sich auf 309 erhöht**

Auszug aus La Prensa 04-07-2017

Am Dienstag berichtete die Menschenrechtsorganisation ANPDH, dass in der Zeit vom 19. April bis 02. Juli 309 Menschen bei den Unruhen zu Tode gekommen sind. Über 1.500 Personen sind verwundet worden, von denen 46 dauerhafte Schäden zurückbehalten werden.

Nach Angaben von ANPDH sind 297 der Toten Zivilisten und 12 Polizisten, darunter 292 Männer und 17 Frauen. Von den 309 Ermordeten waren 25 jünger als 17 Jahre alt. 253 der Verbrechen wurden mit Schusswaffen begangen. 70 Menschen starben durch Kopfschüsse, was auf den Einsatz von Scharfschützen hinweist.

In ihrem Bericht erwähnt die ANPDH illegale Gefangenenzentren, die von Paramilitärs unterhalten werden. Weiter wird von 158 verschleppten bzw. verschwundene Menschen berichtet.

## **Paramilitäres entführen in Masaya mindestens fünf Menschen**

Auszug aus La Prensa 04-07-2017

Paramilitärs drangen am Dienstagvormittag in San Carlos, Masaya, ein und entführten aus einer Bar fünf Personen.

Die Einwohner vermuten, dass Paramilitärs zusammen mit städtischen Angestellten eine "Säuberung" in der Stadt durchführen. Die Bürger der Stadt sind angesichts der Ankunft der bewaffneten Gruppe alarmiert, die schweres Gerät mit sich führt, um die Barrikaden einzureißen, die die Anwohner zu ihrem Schutz errichtet haben.

## **Schwerbewaffnete orteguistische Paramilitärs greifen in Jinotepe an**

Auszug aus La Prensa 04-07-2017

Maskierte und mit Gewehren und AK-47 bewaffnete Paramilitärs begannen am Dienstagmittag die Demonstranten anzugreifen, die in Jinotepe Barrikaden besetzt hielten. Sie wurden dabei von Polizisten begleitet. Bei dem Angriff wurden drei Menschen durch Schüsse verletzt. Obwohl sie bluteten, wurden sie von den Paramilitärs festgenommen. In Jinotepe wurden Straßensperren errichtet, um den internationalen Verkehr zu unterbrechen.

Die Santiagokirche ließ die Glocken läuten, um die Bevölkerung zu warnen, auch die Feuerwehr ließ die Sirenen zu Beginn des Angriffs heulen.

In Las Esquinas wurde ein Mikrobus mit den Passagieren entführt, die auf dem Weg nach Managua waren. Der Bus wurde mittlerweile an seinen Eigentümer zurückgegeben. Der Fahrer und sein Helfer blieben jedoch in Haft.

Die Paramilitärs waren mit Pickups aus San Marcos gekommen, wo sie das lokale Haus der Frente Sandinista und die beiden Polizeistationen als Kasernen nutzen.

## **Die meisten Fluggesellschaften haben wegen der Krise die Zahl ihrer Flüge nach Nicaragua reduziert**

Auszug aus La Prensa 02-07-2017

Nach 76 Tagen andauernder Krise haben von den neun Fluggesellschaften, die internationale Flüge nach Nicaragua anbieten, fünf die Zahl ihrer Flüge reduziert, eine hat sie auf unbestimmte Zeit ganz eingestellt. Die Gesellschaften sahen sich wegen des drastischen Rückgangs der Passagierzahlen zu diesem Schritt veranlasst.

American Airlines strich einen von drei täglichen Flügen, United Airlines strich zwei von drei täglichen Flügen. Delta Airlines flog täglich einmal, jetzt nur noch einmal in der Woche, Spirit Airlines flog ebenfalls einmal täglich jetzt nur noch dreimal die Woche. Aeroméxico flog zweimal täglich, jetzt nur noch einmal. Volaris hatte seine Flüge im Juni reduziert, ab Juli stellte sie die Flüge auf unbestimmte Zeit ein.

Nur Avianca, Copa Airlines und La Costeña behielten alle ihre Flüge bei.

In den vergangenen Wochen hatten mehrere Fluggesellschaften bei Anbruch der Nacht ihren Flugbetrieb eingestellt, mittlerweile haben einige diesen Verkehr wieder aufgenommen.